

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserzuschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 493 K

15. Mai 2013

38. Jahrgang

Sorge um Neue Treberhilfe Offener Brief der Beschäftigten an die Geschäftsführung und den Betriebsrat

Man stellt sich immer wieder die Frage, was sich der Evangelische Diakonieverein Zehlendorf eigentlich dabei gedacht hat, die in die Insolvenz getriebene Treberhilfe zu übernehmen. Oder hat er sich gar nichts dabei gedacht und handelte lediglich auf Anweisung von „oben“? Schaut man sich allein das Grundstücks- und Immobilienvermögen des Vereins in der Glockenstraße in Zehlendorf an, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, es hier mit einem wohl betuchten Unternehmen zu tun zu haben. Es könnte jedoch sein, dass dem Verein, der einhundertprozentiger Anteilseigner der Neuen Treberhilfe gGmbH ist, bald die Barmittel ausgehen.

Nach der vor wenigen Tagen veröffentlichten Bilanz des Jahres 2011 weist diese einen Fehlbetrag in Höhe von 400.616,38 Euro aus. 2012 soll das monatliche Defizit teilweise bis zu 180.000 Euro hoch gewesen sein, und auch in diesem Jahr müssen offenbar monatlich rund 100.000 Euro dazugebuttert werden. Inzwischen befindet sich die Neue Treberhilfe unter einem Schutzschirmverfahren, eine besonders attraktive Art für Unternehmen, der Insolvenz zu entgehen. Mit diesem Verfahren können sich Unternehmen im Regelfall sanieren, weil beispielsweise die Gehälter (Nettolöhne) von der Agentur für Arbeit übernommen werden. Die Sanierung erfolgt also auf Kosten der Steuerzahler.

„Seit dem 1. März 2012 gelten die Bestimmungen des ‚Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen‘ (ESUG). Sie orientieren sich am Chapter 11 der amerikanischen Rechtsprechung. Auf dessen Grundlage sind in den USA bereits Großinsolvenzen wie die von Kodak, American Airlines und General Motors durchgeführt worden. Sie waren durch die Kündigung geltender Tarifverträge, die Streichung von Betriebsrentenansprüchen und die Einschränkung von Sozialleistungen charakterisiert. Kernpunkte des neuen deutschen Gesetzes sind die gerichtliche Begleitung und Absicherung des Verfahrens, die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses und das ‚Schutzschirmverfahren nach ESUG‘, das von nun an zwischen dem Insolvenzantrag und der Insolvenzeröffnung gesetzt wird. Es erlaubt dem vom Konkurs bedrohten Unternehmen nach der Genehmigung durch das zuständige Amtsgericht eine **dreimonatige ‚Insolvenz in Eigenverwaltung‘**. In dieser Zeit kann der Betrieb – geschützt vor allen Gläubigerforderungen – unter der Leitung eines vom Unternehmen bestellten und vom Gericht akzeptierten Sachwalters am Konzept für die Sanierung arbeiten. Da die Beschäftigten seit 1999 auch zu den Gläubigern zählen, übernimmt die Agentur für Arbeit in dieser Phase die Auszahlung ihrer Nettolöhne.“ Quelle: Internationales Komitee der Vierten Internationale (IKVI)

Die Neue Treberhilfe hat angekündigt, die Kapazitäten bei Wohnungen und Personal zu prüfen und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Anstatt zu klotzen, will die Neue Treberhilfe weiterhin nur kleckern. In dieser Zeit Wohnungen aufzugeben, ist der helle Wahnsinn. Nur durch verstärkte Akquise und Belegung kommt Geld in die Kasse. Das hat der frühere Treberhilfe-Chef Harald Ehlert vorgemacht. Er hat seine Einrichtungen optimal ausgelastet. Anstatt aber das Know-how der alten Treberhilfe-Bosse zu nutzen, wurden bei der Übernahme der Treberhilfe die bisherigen Prokuristen außen vor gelassen. Das kostete den Diakonieverein viel Geld, weil alle abgefunden werden mussten. Eingesetzt wurden ehrenwerte Schwestern und Herren der Diakonie, die gegenwärtig das Unternehmen an die Wand fahren, weil ihnen das Geschäft fremd scheint. Die alte Treberhilfe ist nicht wegen Missmanagements pleite gegangen, sondern gezielt in die Insolvenz getrieben worden. Diesen Punkt sollte man nie vergessen.

Von den über 100 Mitarbeitern, die 2011 übernommen wurden, sind es heute noch rund 60. Und diese machen sich um ihren Arbeitsplatz und die Gesellschaft große Sorgen. Dem Betriebsrat, im klassischen Fall Arbeitnehmervertreter, misstrauen die Mitarbeiter inzwischen, weil sie nicht mehr einschätzen können, wessen Interessen er vertritt. Chef des Betriebsrates ist Ralf Bittner, der schon bei der alten Treberhilfe Betriebsrat war. Im November 2012 dementierte Ralf Bittner paperpress gegenüber alle Gerüchte, wonach es Probleme im Unternehmen geben soll.

In einem offenen Brief an die Geschäftsleitung und den Betriebsrat äußern die Mitarbeiter ihre Sorgen. In dem Brief, der paperpress vorliegt, heißt es:

„Wir wenden uns heute als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Neuen Treberhilfe mit diesem offenen Brief an Sie, um Ihnen zur aktuellen Situation des Trägers unsere Gedanken und Ängste mitzuteilen. Auf einer Betriebsversammlung am 19.04.13 wurde uns von der Geschäftsführung der Neuen Treberhilfe und dem Vorstand des evangelischen Diakonievereins mitgeteilt, dass für unseren Träger aufgrund der besorgniserregenden wirtschaftlichen Situation ein sogenanntes Schutzschirmverfahren eingeleitet wurde. Sie teilten uns mit, dass vor allem auch Fehlentscheidungen und Managementfehler zu dieser schwierigen Situation geführt haben.

Nun ist es also wieder einmal an der Zeit, dass wir Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Trägers die Folgen dieser Fehlentwicklungen tragen sollen. Im Gespräch sind die Entlassung vieler KollegInnen, die Kündigung von Trägerwohnungen und die Zusammenlegung einzelner Standorte. Dies bedeutet ganz konkret die Arbeitslosigkeit für einen erheblichen Anteil der Mitarbeiter und das weitere Wegfallen von Hilfsangeboten für die Stadt Berlin.

Dabei haben Teile der Mitarbeiterschaft schon seit der Gründung der Neuen Treberhilfe immer wieder versucht, der Geschäftsführung Angebote und Ideen zu unterbreiten, wie die Neugestaltung des Trägers besser laufen könnte. Wir wiesen auf Probleme und Schwierigkeiten hin, wurden aber nicht gehört. Vielmehr hat die unerfahrene Geschäftsführung, die aus den Reihen des Diakonvereins stammte, sich einem neuen Tätigkeitsfeld gewidmet, ohne mit dem Arbeitsbereich vertraut zu sein. Wir bekamen mehr und mehr den Eindruck, dass Kritik und Gestaltungsvorschläge aus der Mitarbeiterschaft unerwünscht waren. Hinweise wurden regelmäßig ignoriert oder als nicht zielführend abgetan.

Vielmehr haben wir nun den Eindruck, dass alle Entscheidungen vollkommen intransparent und über die Köpfe der Mitarbeiter hinweg getroffen wurden. Die Neue Treberhilfe beansprucht für sich, Themen wie Offenheit und Einbeziehung von Mitarbeitern in den Vordergrund zu stellen. Davon haben wir bisher wenig erlebt. An Entscheidungsprozessen konnten wir nur unzureichend teilhaben. Dies wird nun im Schutzschirmverfahren weiter fortgesetzt. Über die Zukunft der Neu-

en Treberhilfe lässt man uns im Unklaren, auch welche Mitarbeiter von Kündigung bedroht sind erfahren wir nicht. Die MitarbeiterInnen werden mit ihren Ängsten allein gelassen. **Der Betriebsrat, der für die Belange der Mitarbeiterschaft eintreten sollte, führt im Alleingang Verhandlungen mit der Geschäftsführung.** Für einen christlichen Träger ist dies doch sehr verwunderlich.

Wir fordern Sie hiermit auf, mit uns in einen konstruktiven Dialog zu treten, wie die Neuausrichtung der Neuen Treberhilfe gestaltet werden kann. Dabei müssen vor allem auch die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fokus gerückt werden. Es kann nicht Ziel des Schutzschirmverfahrens sein, die Neue Treberhilfe auf Kosten einer Vielzahl von Arbeitsplätzen zu sanieren. Insbesondere fordern wir von Ihnen, keinen Interessenausgleich mit Namensliste gem. §125 InsO mit dem Betriebsrat zu erstellen. Eine solche Vorgehensweise entrechtet die betroffenen KollegInnen und verwehrt Ihnen übliche Möglichkeiten des Arbeitsrechts und des Kündigungsschutzes. Gleichzeitig wird auch unter den verbleibenden Mitarbeiterinnen ein Klima geschaffen, das von Angst um den Arbeitsplatz geprägt sein wird. Die vorherrschende Intransparenz wird kein Vertrauen schaffen können. Ein Neuanfang kann so nicht gelingen.“

Das Schreiben datiert vom 13.05.2013 und enthält aus Angst vor Repressalien keine Unterschriften.